



7. Jahrgang • Nr. 47

Oktober 2008

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann:
Zeitenwende in Bayern und auf den Finanzmärkten – Das Koordinatensystem der Politik hat sich verschoben

WAHLKREIS

- 3 „Entwicklungspolitik schafft Perspektiven“
Veranstaltung mit Heidemarie Wieczorek-Zeul (Bericht)
- 3 Besuchergruppe zu Gast in Berlin

KÖLN

- 4 Einigung über die Zukunft des Flughafens
- 4 Köln erteilt Rechtsextremen eine Abfuhr
- 4 Homepage der KölnSPD mit neuem Layout

BERLINER TAGEBUCH

- 5 Sitzungswoche vom 22. bis 26. September

BUNDESTAG

- 8 Resolution der SPD-Fraktion zum Call-Center-Konzept der Telekom
- 8 Bundeshaushalt 2009
- 10 Die internationalen Finanzmärkte brauchen neue Verkehrsregeln
- 13 Gastbeitrag von Peer Steinbrück:
„Gute sozialdemokratische Politik“
- 15 Kinderförderungsgesetz verabschiedet –
Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins
- 16 Kernpunkte des SPD-Bildungspapiers
„Aufstieg durch Bildung“

- 17 Einigung über Krankenhausfinanzierung

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 18 Vorgestellt: Jürgen Roters

INFOS UND IMPRESSUM

- 19 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



Berliner Tagebuch

Ab Seite 5 dokumentieren wir eine Sitzungswoche
von Martin Dörmann in Berlin

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 1.10.2008

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Zeitenwende in Bayern und auf den Finanzmärkten

Das Koordinatensystem der Politik hat sich verschoben

Liebe Leserinnen und Leser,

die politischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Wochen geradezu dramatisch verändert.

CSU-Schlappe in Bayern: abgebecksteint und ausgehubert

Die CSU hat in Bayern nach 46 Jahren die absolute Mehrheit und damit ihr bisheriges Alleinstellungsmerkmal verloren. Überheblichkeit und unglaublicher Populismus, der die eigene Politik im Bund dementiert, wurden zu Recht bestraft. Die Union ist tief verunsichert, auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen 2009. Leichter dürfte das Regieren in der Großen Koalition dadurch kaum werden, auch wegen der möglichen Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Zugleich wurde die Tendenz bestätigt, dass die Volksparteien in unserer immer stärker individualisierten Gesellschaft schwächer werden und sich ein Fünfparteiensystem herausgebildet hat.

Dennoch ist keineswegs ausgeschlossen, dass sich die Volksparteien auch wieder erholen. Zumindest bei der Bundestagswahl werden die Menschen genau bewerten, wer ein überzeugendes Konzept für die Zukunft hat. In schwieriger werdenden Zeiten könnten es sich viele noch einmal überlegen, ihre Stimme aus reinem Protest an eine kleinere Partei zu verschenken.

Einer der Hauptgründe der CSU-Niederlage war zudem die offenkundige Führungsschwäche von **Huber** und **Beckstein**. In dem Maße, wie die traditionellen Parteibindungen zurückgehen, wird das Personalangebot immer wichtiger für die Wahlentscheidung. Darin liegt auch eine Chance.

Starkes SPD-Führungsduo: souverän und selbstbewusst

Die Führungsspitze der SPD hat nach dem überraschenden Rücktritt von Kurt Beck schnell und gut reagiert. Mit **Frank-Walter Steinmeier** als Kanzlerkandidat und **Franz Müntefering** als designiertem neuen Parteivorsitzenden bilden nun die beiden angesehensten SPD-Politiker ein Spitzenduo, mit dem die Sozialdemokratie wieder in die Offensive kommt.

Es ist ein Verdienst von **Kurt Beck**, die SPD auf dem Hamburger Parteitag inhaltlich wieder enger zusammengeführt zu haben. Sein Glaubwürdigkeitsverlust durch die Hessen-Frage hat ihn dann aber so schwer belastet, dass er auf kritische

Nachfragen immer sensibler reagierte. Man hat gespürt, dass er sich auf der Bundesebene zunehmend unwohl fühlte. Ich glaube, in diesen Faktoren liegen die eigentlichen Ursachen seines Rücktritts. Umso mehr habe ich mich über seine überragende Wiederwahl als Parteivorsitzender in Rheinland-Pfalz gefreut, wo er einen prima Job als Ministerpräsident macht.



Wir können auch im Bund selbstbewusst auf die Erfolge unserer bisherigen Regierungsarbeit hinweisen. Gerade in diesen Tagen wurden die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 16 Jahren verkündet, rund 1,6 Millionen weniger als im Vergleichsmonat 2005. Wir dürfen jedoch nicht stehen bleiben, sondern werden unsere Politik auf Grundlage der Hamburger Parteitagebeschlüsse weiterentwickeln. Unsere Prioritäten für die

nächsten Jahre müssen darin liegen, den Menschen ein gesichertes Einkommen zu verschaffen, die Kluft zwischen Arm und Reich wieder ein Stück weit zu schließen und gute Bildungschancen für alle zu verwirklichen. Zentral wird am Ende sein, die Wähler/innen davon zu überzeugen, dass sozialdemokratische Politik wirtschaftliche und soziale Sicherheit am besten vereint.

Finanzmarktkrise: Transparenz und Kontrolle gegen unverantwortliche Gier

Es ist noch nicht absehbar, wie tief die weltweite Vertrauenskrise wirken wird, die vom Zusammenbruch des bisherigen Finanzsystems in den USA ausgeht. Es hat sich gezeigt, dass unser sozialdemokratischer Ansatz richtig ist: wir wollen transparente Finanzmärkte, die wirksam kontrolliert werden. Unser Finanzminister **Peer Steinbrück** hat dies wiederholt auf allen Ebenen eingebracht.

Die Krise muss jetzt genutzt werden, um schnell feste internationale Regeln zu etablieren. Der Gier nach überzogenen Rekordrenditen und dem unverantwortlichen Agieren von Brokern und Bankern muss vom Staat Einhalt geboten werden. Ansonsten könnte sich die Finanzkrise nicht nur zu einer Krise der Realwirtschaft sondern auch des politischen Systems insgesamt ausweiten. Jetzt ist besonnenes und entschlossenes Handeln gefragt.

Herzlichst

Ihr

Wieczorek-Zeul unterstreicht die Bedeutung der Entwicklungspolitik

140 Gäste kamen zur „Fraktion vor Ort“- Veranstaltung der Kölner MdB

„Entwicklungspolitik schafft Perspektiven“ – bereits der Titel machte klar, worum es bei dieser Veranstaltung ging. Rund 140 Teilnehmer kamen in das Horion-Haus nach Deutz, um mit **Heidemarie Wieczorek-Zeul** zu diskutieren. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist seit 1998 im Amt und damit die dienstälteste Bundesministerin Deutschlands.

Martin Dörmann konnte zu Beginn prominente Gäste im Publikum begrüßen, darunter die ehemalige Bundesministerin und Europaabgeordnete **Katharina Focke**, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten **Conny Gilges**, die Landtagsabgeordnete **Ingrid Hack** sowie den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Rheinland **Dr. Jürgen Wilhelm** (alle SPD).



Lale Akgün und Martin Dörmann mit Heidemarie Wieczorek-Zeul

In ihrem Vortrag hob Heidemarie Wieczorek-Zeul die Erfolge der deutschen Entwicklungspolitik hervor. Es habe sich bewährt, dass Deutschland ein eigenes Ministerium hierfür habe. Die Ministerin nannte zahlreiche

Beispiele, welche Wirkungen eine nachhaltige Entwicklungshilfe hat. Für 2008 konnte der Entwicklungshilfeeinsatz auf 5,134 Mrd. Euro erhöht werden. In 2009 soll der Etat auf ca. 5,8 Mrd. Euro anwachsen. Im Jahre 2015 will man das Ziel erreicht haben, 0,7% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Dazu haben sich Deutschland und alle anderen Mitgliedsstaaten der europäischen Union verpflichtet.



Im Mittelpunkt einer vernünftigen Entwicklungspolitik stehen die Bekämpfung von Armut und Massenarbeitslosigkeit. Denn mangelnde Perspektiven und soziales Elend sind Hauptursachen für Migration. Konflikte und Kriege entstehen innerhalb oder zwischen Staaten vor allem durch soziale Spannungen und ungleiche Ressourcenverteilung. Eine effektive Entwicklungspolitik ist heutzutage integraler Bestandteil einer Friedenspolitik.

An der anschließenden Talkrunde, die von **Lale Akgün** moderiert wurde, nahmen neben der Ministerin **Peter Krücker**, Sprecher des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen der Stadt Köln, sowie **Fidèle Meng-Néré Kientega**, Abgeordneter aus Burkina Faso teil.

Besucherguppe aus dem Kölner Wahlkreis zu Gast in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** nahmen 50 politikinteressierte Bürgerinnen und Bürger aus seinem Kölner Wahlkreis vom 9. bis 12. September an einer Informationsfahrt nach Berlin teil. Organisiert wurde die Fahrt vom Bundespresseamt.

Die Kölner Gruppe erwartete in Berlin ein informatives und buntes Programm, darunter ein Besuch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und ein Informationsgespräch beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Einen Nachmittag verbrachte die Gruppe in Potsdam und besichtigte dort u.a. die Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens im Schloss Cecilienhof.

Neben einer Führung durch die Parteizentrale der SPD, dem Willy-Brandt-Haus, gehörten auch die Besichtigung des Plenarsaals im Reichstagsgebäude und der imposanten Glaskuppel zu den Stationen der Informationsreise.



In der Diskussion mit Martin Dörmann im Bundestag wurden viele Fragen zu aktuellen Themen gestellt, die Martin Dörmann gerne beantwortete, etwa zum Wechsel an der SPD-Parteispitze, zu Energiepreisen oder der Problematik der Call-Center bei der Telekom.

Einigung über die Zukunft des Flughafens Köln/Bonn

„Ein gutes Signal für die Beschäftigten und die Stadt Köln“

Nach langen Verhandlungen steht nun eine endgültige Einigung zwischen Bund, Land und der Stadt Köln über die zukünftige Eigentümerstruktur am Flughafen Köln/Bonn und den Verkauf des Flughafengrundstückes kurz bevor. **Martin Dörmann**, in dessen Wahlkreis der Flughafen liegt:

„Ich freue mich, dass es insbesondere durch die konstruktive Haltung des Bundes gelungen ist, die schwierigen Verhandlungen zu einem Durchbruch zu bringen. Es war allerhöchste Zeit, dass die NRW-Landesregierung von ihren Plänen abrückt, mindestens 50% der Flughafenanteile an Private zu veräußern. Stattdessen wird nunmehr eine kommunale Mehrheit ermöglicht. Dadurch wird sichergestellt,

dass der Flughafen mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben kann.

Gleichzeitig kann nun endlich der Verkauf des Grundstückes durch den Bund an den Flughafen auf den Weg gebracht werden. Das schafft die notwendige Planungssicherheit für den Flughafen.

Dieses Ergebnis ist gut für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens, für seine Beschäftigten und für die Stadt Köln. Mein besonderer Dank gilt dem Bundesfinanzministerium, an der Spitze Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** und Staatssekretär **Werner Gatzert**, für ihre vernünftige und konsequente Verhandlungsführung. Der Flughafen kann nun endlich aufatmen und durchstarten.“

Köln erteilt Rechtsextremen eine kunterbunte Abfuhr

Zehntausende Demonstranten stehen gegen die „Anti-Islam-Kundgebung“ auf

Wie man aus einem ärgerlichen Plan ein fröhliches Ereignis macht, bewiesen am 20. September zehntausende Kölnerinnen und Kölner. Sie demonstrierten gegen eine Anti-Islam Kundgebung der rechtsextremen Organisation „Pro Köln“, die hierzu auch europäische Rechtsextremisten eingeladen hatte.

Mit einem großen Open-Air-Konzert der „AG Arsch huh“ und einer Demonstration rund um den Heumarkt zeigte ein Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, darunter viele Sozialdemokraten, den Rechtsextremen die rote Karte und setzte ein eindrucksvolles Zeichen für Toleranz.

Foto rechts: Bürgermeisterin Efi Scho-Antwerpes und Martin Dörmann stellten sich wie viele Kölnerinnen und Kölner „quer“



Homepage der KölnSPD mit neuem Layout



➔ www.koelnspd.de

Die KölnSPD hat ihren Internetauftritt vollständig überarbeitet. Das neue Layout ist klarer in den Strukturen, übersichtlicher und bedienerfreundlicher. „Schneller zur gewünschten Information“ lautete die Devise der Überarbeitung. Alle wichtigen Punkte sind direkt auf der Startseite zu finden, so dass jede Besucherin und jeder Benutzer schnell zum gewünschten Ziel findet. Darüber hinaus werden auf der Startseite zukünftig umfangreichere Informationen zu aktuellen Spezialthemen zu finden sein.

Der neue Internetauftritt bildet damit auch eine verbesserte Plattform zur Information aller Kölnerinnen und Kölner innerhalb oder außerhalb von Wahlkämpfen. Der Newsletter sorgt dafür, dass alle Abonnentinnen und Abonnenten in angemessener Weise und werbefrei stets auf dem Laufenden gehalten werden. Dabei gilt: Weniger ist mehr, denn Spam gibt es schon genug. Mal reinschauen und ausprobieren – viel Spaß!

Berliner Tagebuch

Die Sitzungswoche vom 22. bis 26. September 2008

In der Bevölkerung wundert man sich zuweilen darüber, wenn nicht alle Abgeordneten bei den Plenarsitzungen des Bundestages präsent sind. In der Regel nehmen diese nämlich nur an den Debatten teil, die den eigenen Ausschuss betreffen oder von herausgehobener Bedeutung sind, etwa bei Regierungserklärungen. Dennoch ist die Woche eines Parlamentariers in Berlin mit rund **60 Arbeitsstunden in 5 Tagen** voll ausgefüllt. Wir dokumentieren nachfolgend die letzte Sitzungswoche von Martin Dörmann in Form eines Tagebuches.

■ Montag, 22. September

8:15 Uhr: Flug von Köln nach Berlin. Heute tagt der Beirat der Bundesnetzagentur, der Regulierungsbehörde für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Dort bin ich als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied.

10:00 Uhr: Vorbesprechung der SPD-Beiratsmitglieder.

10:30 Uhr: Gemeinsame Vorbesprechung der Beiratsmitglieder von Union und SPD.

11:00 Uhr: Beiratssitzung. Behandelt werden u.a. Berichte zu Investitionen im Telekommunikationsmarkt sowie zur Regulierung im Energiebereich.

Im Mittelpunkt steht heute eine Experten-Anhörung zum Thema „Digitale Dividende“. Der Rundfunk braucht zur Übertragung des Programms wegen der Umstellung von der analogen auf die digitale Technik nur noch einen kleineren Teil der bisherigen Frequenzen. Damit stellt sich die Frage, wie diese zukünftig genutzt werden sollen. Einerseits gibt es die Chance, über Mobilfunk breitbandiges Internet flächendeckend zu ermöglichen. Auf der anderen Seite müssen wir auch dem Rundfunk Entwicklungsmöglichkeiten geben.

Im Einzelnen sind noch viele technischen Details zu klären, so dass ich im Beirat zusammen mit **Martin Stadelmaier**, dem Leiter der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz, einen Antrag initiiert habe, auf dessen Grundlage die Bundesnetzagentur ein Gutachten einholen wird.

14:00 Uhr: Büro. Seit letztem Freitag ist wieder viel Post eingegangen, die ich nun zunächst einmal kurz sichte.

14:30 Uhr: Bürobesprechung mit meinen Mitarbeitern Stefan Stader und Marc Drögemöller. Wir besprechen die Sitzungswoche und einige Terminanfragen.

15:30 Uhr: Referentenrunde. Zur Vorbereitung der SPD-Arbeitsgruppe und des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie treffe ich mich in den Sitzungswochen jeden Montag als stellvertretender

Sprecher mit den zuständigen Fraktionsreferenten, gemeinsam mit unserem Sprecher **Rainer Wend** und meiner Kollegin **Ute Berg**.

16:30 Uhr: Büro.



Am Schreibtisch im Büro

17:00 Uhr: Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Wir bereiten die Fraktionssitzung sowie die Plenumswochen vor und diskutieren zu aktuellen Themen.

18:30 Uhr: Vorwärts-Sommerfest. Das traditionelle Fest unserer Parteizeitung ist fast wie ein Familientreffen, weil man viele Sozialdemokraten von den unterschiedlichsten politischen Ebenen wiedersieht.

21:00 Uhr: Ich erledige meine Lebensmitteleinkäufe für die Woche. Ganz in der Nähe meiner (Zweit-)Wohnung in Berlin gibt es einen Laden, der bis 24 Uhr geöffnet hat.

■ Dienstag, 23. September

9:00 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Wir bereiten die morgige Ausschusssitzung vor. Zum Bundeshaushalt 2009 erläutert uns der Fraktionskollege **Volker Kröning**, der für uns im Haushaltsausschuss zuständig ist, den Etatentwurf für den Bereich Wirtschaft und Technologie. Schwerpunktthema der AG ist zu Beginn die EU-Designrichtlinie. Hierfür haben wir führende Experten der Automobilhersteller vom VdA sowie des Autoteilehandels (GVA) eingeladen, die uns ihre gegensätzlichen Standpunkte erläutern. Die Autohersteller bestehen darauf, dass auch Ersatzteile dem Designschutz unterliegen, während die Autoteilehersteller darin eine unzulässige Beschränkung des Wettbewerbs sehen.

12:15 Uhr: Büro. Ich erledige einige Telefonate.

13:30 Uhr: Mittagsrunde mit einigen SPD-Abgeordneten. In der spannenden Diskussion mit Regierungssprecher **Thomas Steg** (SPD) geht es um die strategische Ausgangslage der SPD im Hin-

blick auf die Bundestagswahl 2009, die sich durch das neue Spitzenduo entscheidend verbessert hat.

15:00 Uhr: Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Wie immer gehen wir die Plenarthemen für diese Sitzungswoche durch. Der jeweils zuständige Berichterstatter erläutert die Gesetze und Anträge, die im Plenum beraten werden. Zu einigen Punkten entwickelt sich eine vertiefende Diskussion.

Zwischendurch ist Bundesbankpräsident **Axel Weber** zu Gast und erläutert seine Einschätzung zur Lage der Finanzmärkte. Er nennt fünf Kernpunkte, wie damit aus seiner Sicht umzugehen ist. Die vor mir sitzende SPD-Schatzmeisterin **Barbara Hendricks** ruft mir zu, da zeige sich wieder einmal, dass unser Staatsverständnis richtig sei. Ergänzend trägt Finanzminister **Peer Steinbrück** vor. Es entwickelt sich eine intensive Debatte mit zahlreichen Wortmeldungen.



Peter Struck, Thomas Oppermann und Wolfgang Thierse kurz vor der SPD-Fraktionssitzung

18:00 Uhr: Büro. Ich sichte einige Unterlagen und bereite den nächsten Termin vor.

19:00 Uhr: Gespräch zum Call-Center-Konzept der Deutschen Telekom mit Fraktionskollegen und unserem Fraktionsvorsitzenden **Peter Struck**. Der Personalvorstand der Telekom **Thomas Sattelberger** erläutert die umstrittenen Pläne des Vorstandes. Dieser plant aus Kostengründen und zur Verbesserung der Servicequalität eine Umstrukturierung der Call-Center und eine Reduzierung von 63 auf 24 Standorte in Deutschland (bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl von 18.000).

In der letzten Woche hatte hierzu die SPD-Fraktion eine von mir als zuständigem Berichterstatter formulierte Resolution verabschiedet, in der wir den Vorstand auffordern, auf die Beschäftigten zuzugehen und das Konzept mitarbeitergerecht zu verändern. Zwischen ökonomischen Aspekten und den Belangen der Beschäftigten müsse es einen gerechten Ausgleich geben. Wir kritisieren insbesondere, dass ein Großteil der Betroffenen Fahrzeiten von zwei bis vier Stunden täglich in Kauf nehmen müsste. Viele werden deshalb das Angebot einer Weiterbeschäftigung am neuen Standort nicht annehmen können, insbesondere wenn sie Teilzeitbeschäftigte sind oder eine ortsgebundene Familie haben. (→ Die

Resolution ist abgedruckt auf Seite 8.) Entsprechend kritisch verläuft die Diskussion. Als zuständiger Berichterstatter werde ich auch weiterhin viele Gespräche zu führen haben, sei es mit Vertretern des Vorstandes, des Betriebsrates oder von Verdi. In der nächsten Woche treffe ich mich hierzu auch mit Betriebsräten in meinem Kölner Wahlkreis.

Die Diskussion endet nach **21:00 Uhr**, so dass ich heute ausnahmsweise nicht zur Sitzung der NRW-Landesgruppe gehen kann, die parallel stattgefunden hat und bei der heute unsere Landesvorsitzende **Hannelore Kraft** zu Gast war.

■ **Mittwoch, 24. September**

9:00 Uhr: Büro. Ich diktiere einige Antwortbriefe.

10:00 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Schwerpunkte der Sitzung sind der Bundeshaushalt 2009 sowie die Situation bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Zu beiden Punkten diskutieren wir mit Bundeswirtschaftsminister **Michael Glos**.

13.30 Uhr: Mittagessen.

14:00 – 19 Uhr: Büro. Ich nutze den ausnahmsweise terminfreien Nachmittag für einige Telefonate und Diktate, insbesondere für meine Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“, bei der mich insbesondere meine Mitarbeiterin **Sabine Schmidt** unterstützt.

Zwischendurch werde ich unterbrochen: Innerhalb weniger Minuten werden die Abgeordneten zu einem „Hammelsprung“ in den Plenarsaal gerufen. Ein ganz seltenes Ereignis. Die Stimmen werden gezählt, indem die Abgeordneten durch eine bestimmte Eingangstüre den Plenarsaal betreten. Diesmal geht es um einen Geschäftsordnungsantrag der Grünen, der von der Koalition mit großer Mehrheit abgelehnt wird.



Beim „Hammelsprung“

20:00 – 21:30 Uhr: In meiner Wohnung arbeite ich noch einige Papiere durch.

■ **Donnerstag, 25. September**

9:00 Uhr: Regierungserklärung zur Lage der Finanzmärkte durch Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück**.

10:00 Uhr: Konferenz des Bundesumweltministeriums zum Thema „Energiestandort Deutschland“.

In seinem Eingangsreferat hebt Minister **Sigmar Gabriel** als große globale Herausforderung hervor, gleichzeitig einen verschärften Klimaschutz und die wachsenden Bedürfnisse von zukünftig 9 Milliarden Menschen zu ermöglichen. Anschließend legt **Gerhard Schröder** seine Vorstellungen zur Energieversorgung in Deutschland und in der EU dar. Dabei betont er zu Beginn, dass es ein Verdienst der rot-grünen Bundesregierung gewesen sei, die ökologische Modernisierung Deutschland voranzutreiben.

12:00 Uhr: Bürobesprechung. Mit meinem Mitarbeiterteam bespreche ich die Terminplanung für die nächsten Monate. Anschließend rufe ich unseren Staatssekretär im Bundesfinanzministerium **Werner Gatzert** an und lasse mich von ihm aus erster Hand über die erfolgreichen Verhandlungen zwischen Bund, Land und der Stadt Köln zum Flughafen Köln/Bonn informieren. Danach diktiere ich hierzu eine Pressemitteilung.

14:15 Uhr: Namentliche Abstimmung zu einem Antrag der Fraktion „die Linke“.

14:25 Uhr: Kurze Besprechung mit unserer Ausschussvorsitzenden **Edelgard Bulmahn**.

14:30 Uhr: SPD-Arbeitsgruppe Energie. Auf der Tagesordnung stehen das dritte EU-Energiebinnenmarktpaket, die nationale Netzgesellschaft sowie Biokraftstoffe.

15:20 Uhr: Telefonat mit **Lothar Schröder** (stellv. Verdi-Vorsitzender) zum Call-Center-Konzept der Telekom.

15:30 Uhr: Unterausschuss Neue Medien. Kulturstatsminister **Bernd Neumann** stellt die weiteren Vorhaben im Bereich Neue Medien vor. Diskutiert werden u.a. folgende Themen: Das Projekt „Ein Netz für Kinder“, Computerspiele, Urheberrechtsverletzungen im Internet, Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie Handy-TV. Anschließend ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit **Peter Schaar** zu Gast und erläutert seinen Tätigkeitsbericht.

Durch die Sitzung verpasse ich leider im Plenum die Wirtschaftsdebatte zur ersten Lesung des neuen Vergaberechts. Da Donnerstag und Freitag die Haupt-Debattentage im Bundestag sind, dennoch über den Tag verteilt Sitzungen von Arbeitsgruppen und Unterausschüssen stattfinden, sind Terminkollisionen praktisch unvermeidbar.

17:30 Uhr: Besuch der Raumfahrtausstellung im Paul-Löbe-Haus. Zusammen mit meinem Mitarbeiter **Stefan Stader** nehme ich an einem Simultanflug in dem ATV-Modell teil.

18:00 Uhr: Büro. Ich sichte die zwischenzeitlich eingegangene Post (das Fach ist täglich voll) und diktiere einige Antwortschreiben.

20:00 – 22:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen des Wirtschaftsausschusses mit Mitgliedern des BDLI-Forums Raumfahrt. Wir besprechen die deutschen Raumfahrtaktivitäten im Hinblick auf die anstehende

ESA-Ministerratskonferenz im November.

■ Freitag, 26. September

7:00 Uhr: Nach zwei Berliner Sitzungswochen geht es heute für zwei Wochen zurück in den Wahlkreis. Wohnungsputz und Kofferpacken sind angesagt.

8:50 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. In einer kurzen Sitzung wird formal die Durchführung einer Anhörung zum Vergaberecht beschlossen.



Anwesenheitsliste im Reichstag

9:00 Uhr: Büro. Ich arbeite die verbliebene Post ab. Wie (fast) immer hinterlasse ich einen leeren Schreibtisch, damit kein Vorgang zu lange liegen bleibt.

11:15 Uhr: Flug nach Köln. Normalerweise fliege ich erst am späten Nachmittag zurück, heute muss ich jedoch für die Fraktion einen Termin bei Bonn wahrnehmen.

12:30 Uhr: Bürgerbüro Porz. Bei meinem Zwischenstopp bringe ich eine Pressemitteilung zum Kinderförderungsgesetz auf den Weg und kläre mit meiner Mitarbeiterin **Elke Heldt** Einzelheiten zur Bürgersprechstunde und zu unserer Bürobesprechung am kommenden Montag, an der auch mein Mitarbeiter **Tim Cremer** teilnehmen wird.

13:30 – 17:15 Uhr: Verabschiedung von Wilhelm Wegner auf dem Petersberg. Er war bislang Vorsitzender des Konzernbetriebsrats, des Europäischen Betriebsrats sowie Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Telekom und tritt am 1. Oktober seinen wohlverdienten Ruhestand an. Willi war für mich ein wichtiger und zuverlässiger Gesprächspartner. Er vertrat nachhaltig die Interessen der Beschäftigten und hatte dabei immer auch die wirtschaftliche Situation des Unternehmens im Auge. Auch Telekom-Chef **René Obermann** und Personalvorstand **Thomas Sattelberger** würdigen dies in ihren Ansprachen. Ich nutze die Feier für zahlreiche Gespräche mit Betriebsräten und Vorstandsmitgliedern zur aktuellen Situation bei der Telekom.

Nach einer intensiven Berliner Woche stehen meist noch etliche Wochenendtermine im Wahlkreis an. Diesmal halten sie sich wegen der NRW-Herbstferien zum Glück in Grenzen.

20:30: Besuch des Bundesligaspiels 1. FC Köln gegen Schalke 04. Ein kämpferisch überzeugender FC gewinnt gegen desolaten Schalke hochverdient mit 1:0.

Resolution der SPD-Bundestagsfraktion

„Das Call-Center-Konzept der Deutschen Telekom muss im Interesse der Beschäftigten mitarbeitergerecht verändert werden“

Am 16. September beschloss die SPD-Bundestagsfraktion einstimmig folgende, von **Martin Dörmann** als zuständigem Berichterstatter formulierte Resolution:

Das vom Telekom-Vorstand vorgelegte Call-Center-Konzept müssen die Beschäftigten als Stoß vor den Kopf empfinden. Die vorgesehene Reduzierung von 63 auf 24 Standorte würde für den Großteil der Betroffenen Fahrzeiten zwischen zwei und vier Stunden täglich bedeuten. Viele werden deshalb faktisch keine Möglichkeit haben, das Angebot einer Weiterbeschäftigung am neuen Standort anzunehmen, insbesondere wenn sie Teilzeitbeschäftigte sind oder eine ortsgebundene Familie haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Vorstand der Deutschen Telekom AG auf, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden und in den anstehenden Verhandlungen mit dem Sozialpartner auf die Beschäftigten zuzugehen. Diese Verhandlungen sollten so schnell wie möglich aufgenommen werden. Das Call-Center-Konzept darf nicht

über deren Köpfe hinweg umgesetzt sondern muss mit ihnen gemeinsam mitarbeitergerecht verändert werden.

Zwischen wirtschaftlichen Aspekten und den Interessen der Beschäftigten muss es einen gerechten Ausgleich geben. Anzahl und Zuschnitt der Call-Center-Standorte sowie finanzielle Hilfen müssen so angelegt werden, dass es den Beschäftigten auch tatsächlich ermöglicht wird, im Unternehmen zu bleiben.

Die Deutsche Telekom braucht ein Unternehmensklima, in dem Vorstand und Belegschaften vertrauensvoll zusammenarbeiten. Nur gemeinsam können die großen Herausforderungen in einem dynamischen Wettbewerbsmarkt gemeistert werden – im Interesse einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens, Beschäftigungssicherung und zufriedener Kunden.

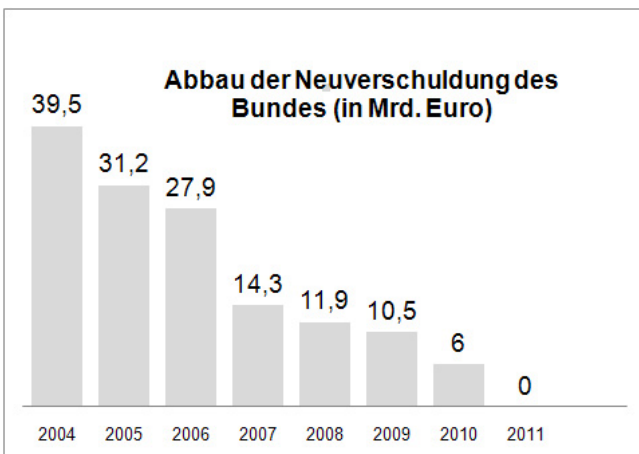
Bundshaushalt 2009

Kurs halten – Konsolidierung fortsetzen

Mit dem am 16.9.2008 eingebrachten Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 wird die Konsolidierung weiter vorangetrieben. Die Nettokreditaufnahme wird sowohl in 2009 als auch 2010 weiter abgebaut. 2011 und 2012 wird der Bund keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das entlastet künftige Generationen und schafft die Basis für nachhaltige und zukunftsorientierte Politik.

Noch im Jahr 2005 wurden allein 31 Milliarden Euro neue Schulden beim Bund aufgenommen. Drei Jahre später, Ende dieses Jahres, werden es nur noch höchstens 11,9 Milliarden Euro sein. Weitere drei Jahre später, in 2011, werden wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme



Mehr für Wachstum und Beschäftigung

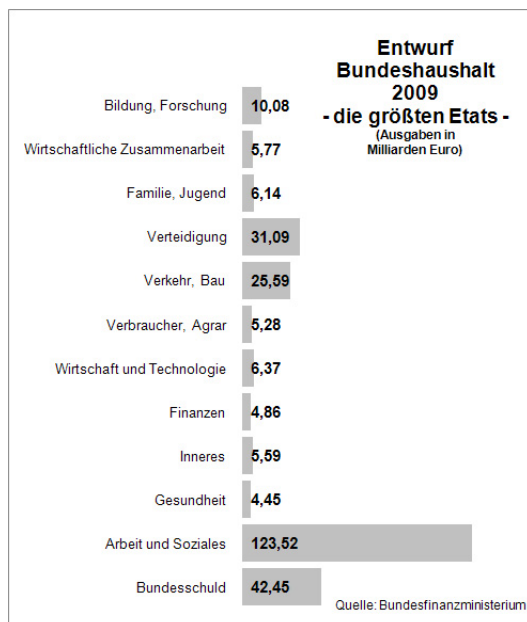
Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 wird nicht nur der Konsolidierungskurs weiter fortgesetzt. Es werden auch Wachstum und Beschäftigung gestärkt und die Leistungen für arbeitsuchende Menschen auf hohem Niveau gehalten, um die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter mit allen Kräften zu unterstützen. Dies macht uns robuster gegen konjunkturelle Einbrüche. Auch verstärken wir die Investitionen: Im Verkehrshaushalt zum Beispiel ermöglichen Mehreinnahmen aus der geplanten Mauterhöhung, sofern von den Bundesländern unterstützt, eine substantielle Erhöhung der Investitionslinie und eine Verbesserung der Infrastruktur. Daneben werden die zukunftsorientierten Bereiche Entwicklungshilfe, Klimaschutz sowie Forschung und Entwicklung spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnene 25-Milliarden Euro-Impulsprogramm fortgeführt.

Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland wieder gut da. Laut Prognose der EU-Kommission liegt Deutschland beim BIP 2008 (1,8 %) über dem EU-Durchschnitt (1,3 %). Das deutsche Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen betrug in 2007 schon Null, und dieser Wert wird aller Voraussicht nach auch 2008 wieder erreicht.

Eckdaten

Der Bund soll im kommenden Jahr über 288,4 Milliarden Euro verfügen können. Das sind 5,2 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (2008: 283,2 Milliarden Euro), die aber weitgehend auf Sondereffekte wie z. B. die Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind. 2009 muss der Bund so wenig neue Kredite aufnehmen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die sogenannte Nettokreditaufnahme liegt 2009 bei 10,5 Milliarden Euro. In 2008 sind 11,9 Milliarden Euro vorgesehen.

Einzelplanübersicht



Keine "Politik auf Pump"

Von jedem Euro für den Bund muss ein Sechstel als Zins an die Banken gezahlt werden und kann nicht in Form von Leistungen an den Bürger zurückfließen. Das Geld fehlt also für Investitionen und gezielte Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Mit jedem neuen Schulden-Euro müssen mehr Zinsen gezahlt werden, der Ausgabenposten im Bundeshaushalt wächst also immer weiter. Die Spielräume des Staates werden noch enger. Den langen Kassenzettel für kurzfristige Freuden, die wir uns heute auf Pump leisten, zahlen also unsere Kinder.

Leitlinien für die Beratungen

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld hat sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Zu erwarten ist, dass sich dies auch in den vor uns liegenden Monaten nicht grundlegend ändert. Die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte müssen nüchtern bewertet werden. Wir stellen uns uneingeschränkt dieser besonderen Herausforderung in den beginnenden parlamentarischen Beratungen.

Wir haben daher für die anstehenden parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 folgende Leitlinien beschlossen:

1. Unverrückbar sind das haushaltspolitische Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts spätestens ab 2011 sowie daran anschließend der vollständige Abbau des strukturellen Defizits. Daher müssen sich weitere Reformprojekte und politische Maßnahmen der Großen Koalition in diesen Rahmen des vorgelegten Entwurfs zum Bundeshaushalt 2009 und in den Finanzplan bis 2012 einfügen lassen.
2. Sich im Rahmen der parlamentarischen Beratungen aufzeigende Spielräume wollen wir nutzen, um die

im Entwurf vorgesehene Nettokreditaufnahme für das Jahr 2009 in Höhe von 10,5 Milliarden Euro weiter abzusenken, möglichst in den einstelligen Milliardenbereich. Dabei werden auch die Auswirkungen der Steuerschätzung im November zu berücksichtigen sein.

3. Mit Blick auf das ehrgeizige Konsolidierungsziel sind bei den parlamentarischen Beratungen alle Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Strenge Prioritätensetzungen und Effizienzbetrachtungen sollen soweit möglich zusätzliche Einsparpotenziale offen legen. Darüber hinaus sind - wie in unserer Koalitionsvereinbarung beschlossen - zusätzliche Maßnahmen mit Haushaltsbelastungen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite dauerhaft im gleichen Politikbereich gegenzufinanzieren. Dies betrifft sowohl die Barmittel in 2009 als auch die überjährig wirkenden Verpflichtungsermächtigungen mit Belastungen in den kommenden Jahren.
4. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung ab 2009 geschaffen werden. Von der anstehenden Instrumentenreform wird eine höhere Vermittlungseffizienz erwartet. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit (Hartz IV) müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Effizienzsteigerungspotenzial.
5. Zur Vergrößerung der künftigen politischen Handlungsfähigkeit werden zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen nur gegen Kürzungen bei bereits geplanten Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe ausgebracht. Auf eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Fälligkeiten (Jahresbeträge) ist dabei ein besonderes Augenmerk zu richten. Darüber hinaus besteht das Ziel, das Niveau der Verpflichtungsermächtigungen aus Basis der tatsächlichen Inanspruchnahme in den Vorjahren zurückzuführen.
6. Wie schon in den Vorjahren werden wir auch weiterhin jede Möglichkeit nutzen, ausgabenneutral von konsumtiven zu zukunftsorientierten Aufgaben umzuschichten, um unsere investitions- und wachstumsorientierten Schwerpunkte im Haushalt nachhaltig zu stärken und damit auch nachhaltig Impulse zu setzen.
7. Wir werden unser Augenmerk auch weiterhin darauf richten, alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung in der Aufteilung der Regierungsfunktionen zwischen Bonn und Berlin auszuschöpfen.
8. Die Bundesregierung schlägt pauschal eine lineare Stellenkürzung von 0,6 Prozent in 2009 vor, die damit um 0,3 Prozentpunkte niedriger liegt als im laufenden Haushalt. Dank der bisherigen Stellenkürzungen konnten Effizienzpotenziale im Personaleinsatz realisiert werden. Wir werden in den Haushaltsberatungen das Instrument der pauschalen Stellenkürzung um spezifische Stelleneinsparungen beziehungsweise in begründeten Einzelfällen auch um punktuelle Stellenaufstockungen ergänzen.

Die internationalen Finanzmärkte brauchen neue Verkehrsregeln

„Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als die Finanzmärkte neu zu zivilisieren und darüber vergleichbare Krisen in der Zukunft möglichst zu verhindern“, so Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** in seiner Regierungserklärung zur Lage der Finanzmärkte am 25. September 2008.

Die Ursachen der gegenwärtigen Finanzkrise

Auslöser der Finanzkrise war das Platzen der US-Immobilienblase in Verbindung mit großen Ausfällen bei ungenügend gesicherten Hypothekenkrediten an Schuldner mit geringer Bonität (die so genannten „subprimes“). Hier zeigt sich das Versagen einer wenig verantwortungsvollen Kreditvergabe. Diese Kredite wurden mit „guten“ Krediten vermischt und zu neuen Paketen zusammengestellt. Mögliche Ausfallrisiken konnten damit nicht mehr überblickt werden. In der Folge sind eine Reihe von Finanzinstituten in schwere Krisen geraten. In Deutschland wurden frühzeitig Rettungsaktionen für die IKB und die Sachsen LB gestartet. Es ist gelungen, einen weitergehenden Schaden für den Finanzplatz Deutschland zu vermeiden. Die in Deutschland nötigen Aktivitäten (die bisherigen Stützungsmaßnahmen des Bundes über die KfW bei der IKB in Höhe von 1,2 Mrd. Euro sowie einer Bürgschaft von 600 Mio. Euro, deren Fälligkeit unwahrscheinlich ist) betragen nur einen Bruchteil des Volumens, das in den USA aufgewendet werden muss: dort müssen über eine Billion US-Dollar Schulden aufgenommen werden, um die Krise zu bewältigen.

Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen jedoch tiefer. Die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft abgekoppelt. Was wir erleben, ist ein fundamentales Marktversagen auf den Finanzmärkten, dem ein ganzes Ursachenbündel zugrunde liegt, wie beispielsweise:

- Der Verzicht auf Verkehrsregeln für weite Bereiche der Finanzwirtschaft.
- Die Erwartung der Finanzmärkte nach Renditen von 25 Prozent und mehr, die nachhaltig nicht zu erwirtschaften sind und auf Kosten der Substanz von Unternehmen und der Beschäftigten gehen. Die einseitige Orientierung am Shareholder Value, also der Aktienwertsteigerung des Unternehmens, verhindert Investitionen und Realkapitalbildung und somit Wachstum und Beschäftigung.
- Das Rattenrennen nach Rendite wurde beschleunigt durch immer waghalsigere Finanzprodukte und Wetten auf zukünftige Entwicklungen.
- Falsche Anreize für die Akteure auf den Finanzmärkten und die Bezahlung von Bankern und Managern
- Die Rolle von Ratingagenturen bei der Risikobewertung, die bedeutete, den Bock zum Gärtner zu machen. Die eigentliche Funktion der Finanzmärkte – die Versorgung von Unternehmen mit Liquidität, damit diese investieren können und Arbeitsplätze schaffen und erhalten – ist so in den Hintergrund getreten.

Die USA tragen eine zentrale Verantwortung für die Krise

Die USA sind der Ursprungsort und der eindeutige Schwerpunkt der Krise. Darum müssen sie auch die zentrale Verantwortung für die Bewältigung der Krise tragen. Die USA waren der Bremsklotz bei unseren Bemühungen der letzten Jahre, mehr politische Vernunft walten zu lassen. Nun stehen wir vor einer politischen Wende. Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer.

Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft

Die aktuelle Krise zeigt: das System der Sozialen Marktwirtschaft mit seinem Universalbankensystem und seinen drei Säulen der privaten Geschäftsbanken, der kommunalen Sparkassen und der regionalen Genossenschaftsinstitute ist dem angelsächsischen Kapitalismus überlegen. Strukturen, die auf langfristiges Wachstum und nicht allein auf die schnelle Superrendite ausgerichtet sind, werden weltweit wieder auf neues Interesse stoßen. Der Neoliberalismus und ungezügelter Finanzmärkte nach amerikanischem Vorbild sind Geschichte.

Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise

Nötig sind mittel- und langfristig Maßnahmen, um die Finanzmärkte wieder auf ihre eigentliche Funktion, die Versorgung mit Liquidität, zu reduzieren. Aktuell von großer Bedeutung ist das konkrete Krisenmanagement. Wie genau das geplante Rettungspaket in den USA aussehen wird, bleibt abzuwarten. Es handelt sich dabei um eine Entscheidung der Amerikaner, die notwendig sein kann, damit die benötigte Liquidität bereitgestellt und die Krise eingedämmt wird. Die USA können jetzt nicht für ihr Versagen und ihre Arroganz Deutschland in Haftung nehmen. Zwar sind Auswirkungen auf die Realwirtschaft auch in Deutschland möglich. Bislang hat sich das deutsche Bankensystem aber als relativ stabil erwiesen, wozu auch die dreigliedrige Struktur beigetragen hat.

Unser Ziel: Zivilisierung der Finanzmärkte

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen ganz deutlich: Finanzmärkte haben eine dienende Funktion. Sie müssen das Funktionieren der Wirtschaft, die Versorgung mit Kapital gewährleisten. Rendite ohne jeden Bezug zur Realwirtschaft durch immer höheres Risiko und immer gewagtere Finanzprodukte widersprechen diesem Ziel. Denn Rendite geht zwangsläufig zu Lasten von Transparenz, Stabilität und Verlässlichkeit. Höhere Rendite bedeutet höhere Risiken. Für uns kommt es bei allen Regelungen nicht nur auf die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und ihrer

Finanzstandorte an. Von zentraler Bedeutung sind die Auswirkungen der Finanzmärkte auf die betriebliche und gesamtgesellschaftliche Ebene. Zu ihrer Regulierung stehen für uns drei Prinzipien im Vordergrund:

- Erhalt und Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung,
- Stärkung von Transparenz und bessere Regulierung der Finanzaktivitäten sowie eine
- gerechte Besteuerung der Akteure auf den Finanzmärkten.

Wir Sozialdemokraten sind Vorreiter für eine Zivilisierung der Märkte.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben frühzeitig die Initiative ergriffen. Peer Steinbrück hat seine Transparenzinitiative bereits auf dem G7-Treffen Anfang 2007 in Essen vorgestellt. Konservative und Liberale in England und den USA, aber auch in Deutschland haben sich stärkerer Transparenz und Regulierung lange widersetzt. Wenn sich Bundeskanzlerin Merkel nunmehr als Verfechterin einer verstärkten Regulierung ausgibt, werden wir sie beim Wort nehmen, und auch Taten einfordern!

Bei der Regulierung müssen wir von oben nach unten ansetzen. Zuallererst sind regulierende Maßnahmen notwendig, die weltweit gelten. Auf der nächsten Ebene brauchen wir europäische Maßnahmen und erst dann kommt die nationale Ebene.

International: Bereits kurz nach Beginn der Finanzmarkturbulenzen hat Deutschland im September 2007 das Forum für Finanzmarktstabilität (FSF) gebeten, eine Analyse und vor allem Empfehlungen vorzulegen, wie ähnliche Krisen in Zukunft verhindert werden können. Inzwischen hat die Umsetzung der Empfehlungen gute Fortschritte gemacht. Die vom FSF ausgearbeiteten 100-Tage-Prioritäten sind weitgehend umgesetzt. Sie umfassen wichtige Maßnahmen wie zum Beispiel die Offenlegung der Risiken durch die Banken, die Vorlage einer überarbeiteten Leitlinie für das Liquiditätsmanagement durch den Baseler Bankenausschuss sowie die Überarbeitung des Verhaltenskodex für Rating-Agenturen durch die IOSCO. In Kürze - beim Treffen der G7 Finanzminister und Notenbankgouverneure in Washington DC im Oktober - werden wir einen umfangreichen Bericht über den Stand der Umsetzung der FSF-Empfehlungen erhalten. Gleichzeitig werden wir beraten, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden müssen - unter anderem durch eine verbesserte Zusammenarbeit von IWF und FSF als „Frühwarnsystem“, wie wir das jüngst vorgeschlagen haben.

Europa: Auch in der EU setzt sich Deutschland schon seit mehreren Jahren energisch und erfolgreich für eine Stärkung der Finanzstabilität ein. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Bankensektor vor einem Jahr hat der ECOFIN-Rat am 9. Oktober

2007 ein Arbeitsprogramm zur Stärkung der Effizienz und Stabilität der internationalen Finanzmärkte beschlossen. Diese sog. „ECOFIN Roadmap“ enthält zahlreiche Maßnahmen, um Schwachstellen der internationalen Finanzmärkte zu beseitigen.

Deutschland: In Deutschland hat das 3-säulige Universalbankensystem in der aktuellen Krise eine besonders wichtige Stabilisierungsankerfunktion übernommen. Um mehr Rationalität in den Finanzmarkt zu bringen und um den Risiken entgegenzuwirken, die mit Finanzinvestitionen für Unternehmen und Gesamtwirtschaft einhergehen, hat die Bundesregierung vor einigen Monaten das so genannte Risikobegrenzungs-gesetz eingeführt. Wir wollen damit die Transparenz, Klarheit und Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt erhöhen. Wir wollen, dass der Einfluss, den Investoren alleine oder gemeinsam auf Unternehmen ausüben, in Übereinstimmung mit ihrem Stimmrechtsanteil steht.

Wir wollen verhindern, dass leistungsfähige Unternehmen durch die übermäßige Belastung mit Krediten ausgeplündert werden und wir wollen verhindern, dass zukunftsfähige Unternehmen alleine aus kurzfristigen Renditeerwägungen zerschlagen werden. Und wir wollen, dass vor allem diejenigen, die in der Regel als erste negativ von Übernahmen betroffen sind - also nicht die Manager, die sich nach erfolgter Übernahme mit mehr als auskömmlichen Abfindungen aus ihrem Unternehmen verabschieden, sondern die Belegschaften mit ihren Arbeitsplätzen - in die Lage versetzt werden, frühzeitig auf eine mögliche Übernahme zu reagieren. Dabei kommt der Mitbestimmung eine große Bedeutung zu.

Unsere Perspektive

Die SPD hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück eingesetzt, die Ende Oktober ihre Ergebnisse vorlegen wird.

An strengeren Auflagen zur Transparenz bei Spekulationsgeschäften führt kein Weg vorbei. Die europäischen Finanzmärkte sollen zu einem stabilisierenden Faktor einer produktivitätsorientierten europäischen Wirtschaft im Dienste der Menschen gemacht werden.

An strengeren Auflagen zur Transparenz bei Spekulationsgeschäften führt kein Weg vorbei. Dazu gehört zumindest auch die Stärkung der Koordination der nationalen Finanzaufsichtsbehörden.

Neben der Verbesserung der Eigenkapitalanforderungen einschließlich Mindesteigenkapitalanforderungen und der Überprüfung der Bilanzierungsregeln, soll in den Rating-Agenturen die Bewertungspraxis vom Beratungsgeschäft getrennt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Vorschläge der EU-Kommission für eine Regulierung der Rating-Agenturen. Selbstverpflichtungen der Finanzmarktinstitutionen sind hier nicht ausreichend.

Kreditrisiken müssen künftig besser abgesichert sein, indem Rating-Agenturen und Banken für finanzielle Schäden haftbar gemacht werden können.

Wir müssen die Rolle der Betriebsräte stärken und die übermäßig fremdkapitalfinanzierten Unternehmensübernahmen steuerlich weniger attraktiv machen.

Meinungen zu den Finanzmärkten - heute und gestern

Schon im Jahr 2005 hat der damalige Parteivorsitzende Franz Müntefering die Debatte um die Rolle von Finanzmarktakteuren eröffnet. Seitdem ist der Begriff der „Heuschrecke“ in aller Munde. Viele, die heute eine Regulierung der Finanzmärkte für nötig erachten, haben dies vor gut drei Jahren noch ganz anders gesehen:

„Herrn Münteferings moralische Entrüstung über ökonomische Gesetze könnte sich genauso gut gegen das Gesetz der Schwerkraft richten.“

(**Hans-Werner Sinn**, Neue Ruhr Zeitung, 15.04.2005)

„Münteferings Kritik ist ein weiterer Schlag gegen die Investitionsbereitschaft und damit gegen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Seine harschen Worte sind nichts als ein untauglicher Rückfall in die Klassenkampf-Rhetorik der SPD (...).“

(**Michael Glos**, Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Bundestag, 18. 04. 2005)

„Die SPD verspielt im Wahlkampfrausch deutsche Arbeitsplätze.“

(**Ludolf von Wartenberg**, BDI-Hauptgeschäftsführer, Berliner Zeitung, 20.04.2005)

„Bei Ihrer Kapitalismuskampagne geht es um nichts weiter (...) als um eine Verschwörungstheorie (...) Das ist zynisch, das ist populistisch und das ist verantwortungslos.“

(**Dr. Andreas Pinkwart**, stv. FDP-Parteivorsitzender, Plenarprotokoll Deutscher Bundestag – 172. Sitzung, 21.04.2005)

„Wer das Kapital kritisiert, spielt mit der Angst der Menschen. Deutschland katapultiert sich ins Abseits.“

(**Jürgen Weber**, Lufthansa-Aufsichtsratschef und Beauftragter der Bundesregierung für Auslandsinvestitionen in Deutschland; Wirtschaftswoche, 28.04.2005)

„Die inkompetente „Kapitalismus-Schelte“ des SPD-Vorsitzenden Müntefering und anderer Sozialisten (und auch über die SPD hinaus) stellt sich seltsam dar in einem Land, dessen gegenwärtig deprimierendes Hauptmerkmal der Mangel an ‚Kapitalismus‘ und ‚Kapital‘ ist.“

(**Patrick Adenauer**, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, Die Welt, 29.04.2005)

„Ich finde es zum Kotzen, was derzeit in dieser Republik abläuft. (...) Das ist doch unpatriotisch, schlimmer geht's gar nicht.“

(**Dieter Hundt**, Arbeitgeberpräsident am 29.04.2005 im ZDF)

„Ich halte diese Diskussion der letzten zwei Wochen, die mit dem Heuschreckenvergleich von Herrn Müntefering begonnen wurde, für verheerend. Diese Klassenkämpferparolen (...) kosten Arbeitsplätze, weil sie Investoren ins Ausland vertreiben, und das ist das Falscheste was man machen kann.“

(**Guido Westerwelle**, Westfälische Rundschau, 29.04.2005)

„Müntefering ist ein Neandertaler-Sozialist.“

(**Ronald Pofalla**, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 01.05.2005)

„In der gegenwärtigen Diskussion werden elementare wirtschaftliche Zusammenhänge nicht beachtet.“

(**Nikolaus von Bombard**, Vorstandsvorsitzender Münchener Rück; Handelsblatt, 06.05.2005)

„Das sind Vokabeln aus der Zeit des realen Sozialismus, und wohin der geführt hat, ist ja bekannt.“

(**Josef Ackermann**, Süddeutsche Zeitung, 19.05.2005)

Auch die Haltung der der US-amerikanischen Regierung zur Regulierung der Finanzmärkte war noch 2007 sehr zurückhaltend:

„Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe von Regierungen ist, den Finanzmärkten vorzuschreiben, welche Risiken sie eingehen sollen (...).“

(**Henry Paulson**, amerikanischer Finanzminister, FAZ, 12.02.2007)

Gute sozialdemokratische Politik

Mit mutigen Schritten ins 21. Jahrhundert

Seit einem Jahrzehnt ist die SPD in Deutschland Regierungspartei. Der Anfang war schwierig. Doch im Rückblick ist klar: Sozialdemokraten haben das Land mit mutigen Schritten der Erneuerung ins 21. Jahrhundert geführt. Dieser Weg muss weitergehen.

Am 27. September 1998 gewann die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder nach einem furiosen Wahlkampf die Bundestagswahl mit unerwartet deutlichem Vorsprung vor der Union. Es folgte das erste rot-grüne Bündnis auf Bundesebene. 16 Jahre Schwarz-Gelb unter Bundeskanzler Helmut Kohl waren mit einem Schlag Geschichte. Darüber sind viele in der Union lange Zeit nicht hinweggekommen.

Damals mussten wir Sozialdemokraten wegräumen, was Union und FDP seit dem Sturz Helmut Schmidts im Jahr 1982 an Erblasten angehäuft hatten: Nicht nur mental einen Zustand des quälenden Reformstaus, sondern handfeste Negativrekorde bei den Arbeitslosenzahlen (2,4 Millionen mehr Arbeitslose als 1982), historische Höchststände bei der Steuer- und Abgabenbelastung (insgesamt 20 Steuererhöhungen, allein je dreimal Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer, Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge von 34 Prozent auf über 42 Prozent), Rekorde bei der Staatsverschuldung (viermal höher als 1982), Minusrekorde beim Wirtschaftswachstum, viel zu geringe Investitionen in Zukunftsbereiche, eine verfallende Infrastruktur, hinterste Plätze in den internationalen und europäischen Standortrankings – und so weiter. Auch wenn Vieles davon das Ergebnis falscher wirtschaftspolitischer Weichenstellungen nach der Wiedervereinigung war, bleibt doch festzuhalten: Das Land der sozialen Marktwirtschaft war in den internationalen und nationalen Kommentaren vom weltweit viel beachteten Vorbild zum kranken Mann Europas abgestiegen.

So sehr dies das Selbstbewusstsein vieler Deutscher bedrückte, alarmierender war für uns Sozialdemokraten die Tatsache, dass sich unsere Gesellschaft immer schärfer spaltete in eine Minderheit, die von den herrschenden Verhältnissen profitierte, und in eine wachsende Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern bis tief in die Mittelschichten, die zwar immer höhere Steuern und Abgaben zahlen mussten, deren Arbeitsplätze und Lebensentwürfe aber zunehmend unsicherer wurden. Wir hatten es vor zehn Jahren also mit einer Gesellschaft zu tun, in der die Teilhabechancen immer kleiner und die Lebensrisiken immer größer wurden – und das beileibe nicht nur in Ostdeutschland. An diesen prekären Zustand unseres Landes sollten wir (uns) erinnern, wenn Bilanz gezogen

wird über zehn Jahre sozialdemokratischer Beteiligung an der Bundesregierung.

Schwieriger Start nach 16 Jahren Kohl

Nun will ich keineswegs behaupten, dass wir Sozialdemokraten und auch die Grünen damals einen guten Start hingelegt hätten. Wir haben einiges ver stolpert, manche Chance nicht genutzt und auch manche unangenehme Erkenntnis (Stichwort demografischer Wandel!) zunächst nicht in Regierungshandeln umgesetzt. Auch mussten wir nach 16 Jahren Opposition schlicht und einfach das Regierungshandwerk wieder erlernen – und das mit einer Ministerialbürokratie, die in großen Teilen schwarz-gelb sozialisiert worden war.



Dennoch: Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist uns Vieles gelungen – für die Menschen und das Land. Nur ein Beispiel: Wie sah es denn Ende der neunziger Jahre mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus? Stockduster! Gerade in den unionsregierten Bundesländern war die Betreuungsinfrastruktur unterentwickelt. Bis heute bestimmt ein traditionelles Familienbild die Familienpolitik in einigen unionsgeführten Ländern. Uns ging es damals zunächst um den Ausbau der Ganztagsbetreuung, später um den Ausbau der Kinderbetreuung der unter 3-Jährigen oder um das Elterngeld, das die Regierung Gerhard Schröder im Bundeskanzleramt und im Ministerium von Renate Schmidt entwickelte. Seit 1998 hat sich gerade in diesem für die Gleichberechtigung, für die Integration und für die Bewältigung des demografischen Wandels so ausgesprochen wichtigen Feld vieles eindeutig verbessert. Für uns Sozialdemokraten ist die Familienpolitik ein Kernbereich guter sozialdemokratischer Politik.

Im Rückblick ziemlich erfolgreich

Darauf können wir stolz sein – und auf vieles mehr: Wir haben Deutschland seit 1998 mit einer Reihe mutiger Schritte und Reformen in das 21. Jahrhundert geführt – auch schon vor der Agenda 2010. Im Rückblick betrachtet waren wir bei allem, was es zu bemängeln und zu bemäkeln gibt, ziemlich erfolgreich. Und zwar für die Menschen, für die wir in den Jahren 1998, 2002 und 2005 angetreten sind. Zum ganzen Bild gehört aber auch, dass wir Sozialdemokraten in dieser Zeit auf der Länderebene bis auf einige glänzende Aus-

nahmen – Brandenburg mit Matthias Platzeck, Rheinland-Pfalz mit Kurt Beck – als Partei wenig erfolgreich waren. Wir haben wichtige Wahlen und frühere Stammländer verloren und mussten die Entstehung der Linkspartei hinnehmen. Die Niederlage in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, in dem wir seit 1969 zum Teil mit absoluten Mehrheiten stärkste politische Kraft waren, hat das sozialdemokratische Selbstbewusstsein, ja unsere politische Seele zweifellos am schwersten getroffen. Das war und ist gerade auch für mich nicht einfach.

Aber war unsere Politik deswegen falsch? War es falsch, einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs zu halten, den wir als richtig und notwendig erkannt haben? Einen Kurs, der Millionen von Menschen – vor allem Jüngeren, Älteren, Langzeitarbeitslosen und Frauen – wieder Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe verschafft hat, und das, obwohl sich die Veränderungsgeschwindigkeit der Globalisierung noch beschleunigt hat? Nein, der Kurs stimmte. Wir haben uns nicht populär oder gar populistisch verhalten. Wir haben uns niemals unter Wert verkauft. Ja, wir haben teures Lehrgeld bezahlen müssen, manches hätten wir besser machen können. Nur: Who's perfect?

Damit sind wir beim schwierigsten und offensichtlichsten Problem der deutschen Sozialdemokratie nach zehn Jahren in der Bundesregierung: der eigenen mentalen Verfassung. Ja, es kommt vor, dass wir Erwartungen nicht erfüllen können – vor allem aber auch deshalb, weil wir sie selbst zu hoch schrauben und weil wir in einer Großen Koalition nicht die Richtlinienkompetenz besitzen. Selbst das wird gelegentlich vergessen.

Was eigentlich bedeutet heute „gerecht“?

Ich meine vor allem die kaum zu erfüllende sozialdemokratische Erwartungshaltung, durch Regierungshandeln stets für mehr Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt zu sorgen. Dabei gibt es nicht einmal eine gemeinsame Definition von Gerechtigkeit, schon gar keine einvernehmliche Antwort auf die entscheidende Frage, welcher Begriff von Gerechtigkeit tatsächlich auf der Höhe der Zeit ist, was eigentlich heute, unter dem Druck des demografischen Wandels, unter dem Druck der Globalisierung und einer zu hohen Staatsverschuldung „gerechte Politik“ heißt.

Manche setzen mehr Gerechtigkeit immer noch mit höheren Transferleistungen und höheren Steuern für Spitzenverdiener gleich – egal, ob dadurch Hürden zur aktiven Teilhabe am Wirtschaftsleben geschaffen werden oder Investoren und Vermögende ihr Geld ins Ausland „exportieren“. Andere verstehen unter einer Politik für mehr Gerechtigkeit vor allem bessere Bildungs- und Betreuungsangebote, um mehr soziale und materielle Aufstiegsmöglichkeiten, mehr Chancen zur Teilhabe und zu einem selbstbestimmten Leben zu eröffnen. Angesichts knapper öffentlicher Kassen entzündeten sich innerparteiliche Diskussionen immer

wieder an der Alternative, entweder kurzfristig mehr konsumtive Leistungen auszuführen (zum Beispiel für höhere Renten) oder langfristig stärker in Zukunftsfelder zu investieren (zum Beispiel in Forschung, Hochschulen, Infrastruktur, Bildung oder Betreuung). Was ist gerechter: Menschen, die in einer sozialen Notlage sind, dauerhaft auf möglichst hohem Niveau zu alimentieren? Oder sie viel stärker als bisher zu befähigen, ihr Leben aus eigener Kraft zu meistern und sich auf neue Lebensumstände einzustellen?

Das Notwendige tun, weil es richtig ist

„Hartz IV“ ist ein Synonym für soziale Kälte und Ungerechtigkeit geworden, und wir haben uns dieses Etikett anpappen lassen. Warum eigentlich? Bedeutete es denn soziale Wärme, dass Sozialhilfeempfänger früher nicht rentenversichert waren, dass sie nicht in Arbeit vermittelt wurden, dass es echte Chancen zum sozialen Aufstieg anstelle von – zum Teil generationenübergreifenden – Sozialhilfekarrieren nicht gab? Das war doch das exakte Gegenteil von Gerechtigkeit, jedenfalls in einem sozialdemokratischen Verständnis! Und da lassen wir uns vorwerfen (und nicht wenige von uns glauben das), dass wir den Sozialstaat abbauen? Rein fiskalisch gesehen – und das unterstreiche ich fünffach – ist Hartz IV mit 12 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr im Vergleich zum Status quo ante das größte Sozialaufbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Bis heute machen die Sozialausgaben rund drei Viertel aller staatlichen Ausgaben aus. Von jedem eingenommenen Steuereuro des Bundes werden 70 Cent sozialen Zwecken zugeführt. Das ist die Realität, alles andere ist Propaganda.

Unser Land braucht eine SPD, die mutig und selbstbewusst Politik zuerst für die Menschen macht. Dafür stand die SPD in den vergangenen zehn Jahren, mit allen Nebenwirkungen für uns selbst. Wir haben das Notwendige getan, weil es richtig war. Das zahlt sich inzwischen aus, wenn auch zunächst nur für die Menschen und noch nicht für die Partei. Daran müssen wir arbeiten!

Sozialdemokratie für das nächste Jahrzehnt

Unser Land braucht Politiker, die den Kopf auch für unangenehme Entscheidungen hinhalten, die den Menschen nichts vormachen, die ihnen die Wahrheit sagen und auch klar erläutern, was nicht geht. Das können wir – und das machen wir immer wieder. Auch nach zehn Jahren kann die SPD mit einem Pfund wuchern, das andere Parteien so nicht besitzen: mit einer erfolgreichen Riege erfahrener Bundesministerinnen und Bundesminister. Soweit wir es in der Bundesregierung durchsetzen können, steht die SPD im Bund für eine Politik, die dazu beiträgt, dass die Freiheit des Einzelnen zu selbstbestimmtem Leben und zur Teilhabe in materieller, kultureller und demokratischer Hinsicht verbessert wird. Sie steht für eine solidarische Politik, die auf einem starken, politisch handlungsfähigen Staat und einer selbstbewussten Zivilge-

sellschaft beruht. Und sie steht für eine gerechte Politik, die über mehr und bessere Bildung und Kinderbetreuung, über gezielte Steuer- und Abgabensenkungen mehr Teilhabe organisiert und diese gerechter finanziert.

Die SPD will Anwalt jener Menschen sein, die unter Ungerechtigkeiten etwa aufgrund ihrer Herkunft, ihres Familienstandes, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht oder ihrer materiellen Lage zu leiden haben – und die ohne die Unterstützung durch eine starke politische Kraft niemals eine faire Chance bekommen würden. Und die SPD will Anwalt der Mittelschichten sein, die über ihren

Einsatz und ihre steuerliche Leistungsfähigkeit dieses Land zusammenhalten. Sich um alle diese Menschen zu kümmern, das ist gute, gerechte, nachhaltige Politik. Das ist sozialdemokratische Politik auch für das nächste Jahrzehnt.

Peer Steinbrück ist Bundesminister der Finanzen und stellvertretender Vorsitzender der SPD

Dieser Artikel erschien auch in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Berliner Republik“ (5/2008)

Kinderförderungsgesetz verabschiedet

Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins ab 2013

Am 26. September 2008 hat der Bundestag das Kinderförderungsgesetz beschlossen. Ab August 2013 gilt nun der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins. Eltern erhalten so die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen.

Unter rot-grün hatte die damalige Familienministerin Renate Schmidt mit dem Tagesbetreuungs- ausbaugesetz bereits begonnen, die Betreuungs- plätze für Kinder unter drei Jahren auszubauen. Jetzt verschärfen wir das Tempo: Bis 2013 soll für 35 Prozent der Kinder ab dem ersten Geburtstag ein Betreuungsangebot bereit stehen.

Beruf und Familie besser vereinbaren

90 Prozent der jungen Frauen wollen heute Kinder haben und einen Beruf ausüben. Auch immer mehr junge Männer wollen aktive Väter sein. Ein ausreichendes Betreuungsangebot schon für die Kleinsten ermöglicht es Eltern, Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Damit wird vor allem alleinerziehenden Elternteilen geholfen, die bislang wegen fehlender Kinderbetreuung oft keine Arbeit aufnehmen konnten.

Wir haben den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins trotz erbitterter Widerstände von CDU/CSU und Familienministerin von der Leyen durchgesetzt. Er stellt übrigens auch sicher, dass Länder und Kommunen tatsächlich in den Ausbau von Kitas und Krippen investieren, denn sonst stehen sie bei Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August 2013 mit leeren Händen da.

Kita tut allen Kindern gut

Die SPD-Bundestagsfraktion will erreichen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben, sich zu entwickeln. Immer wieder stellen Studien fest,

dass ein mehrjähriger Kitabesuch die Kinder fit für die Schule macht und elternhausbedingte Startschwierigkeiten ausgleicht. Mit dem Kinderförderungsgesetz sorgen wir jetzt dafür, dass alle Kinder diese frühe Förderung erhalten können.

Der Bund beteiligt sich kräftig und dauerhaft

Damit Länder und Kommunen den Ausbau der Kinderbetreuung schultern können, beteiligt sich der Bund kräftig und auf Dauer. Dafür hat unser Bundesfinanzminister Peer Steinbrück gesorgt. Insgesamt steckt der Bund bis 2013 vier Milliarden Euro in den Ausbau der Betreuungsplätze. Und er beteiligt sich auch an den Betriebskosten. Deshalb gibt es ab 2014 pro Jahr 770 Millionen Euro aus dem Bundessäckel.

Sozialdemokratische Handschrift verschärft

Den unsinnigen Vorschlag der Union eines Betreuungsgeldes haben wir zurückgewiesen. Mit dem Kinderförderungsgesetz wird es nicht eingeführt. Darüber wird erst der nächste Bundestag entscheiden. Und solange die SPD regiert, wird es das Betreuungsgeld nicht geben!

Ebenso haben wir die im ursprünglichen Gesetz- entwurf von Ministerin von der Leyen vorgesehene stärkere Förderung privat-gewerblicher, gewinn- orientierter Kitas abgewehrt. Denn sie führen über höhere Elternbeiträge zu mehr Ungerechtigkeit in der Bildung. Oder zu einem Kostenwettbewerb, der zu Lasten von Qualität und Arbeitsbedingungen geht.

Fazit: Mit dem Kinderförderungsgesetz erreichen wir Beides: Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bildungschancen aller Kinder in unserem Land. Das verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit!

Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand

Der SPD-Parteivorstand hat Anfang September ein Papier unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung“ verabschiedet.

Bildungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen. Die SPD zieht in der Bildungspolitik an einem Strang. Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker aus Bund, Ländern und Gemeinden setzen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik in die Tat um: mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und den Aufstieg durch Bildung für Alle zu erreichen.

- **Mehr Geld in Bildung investieren.**

Die Herausforderungen an das deutsche Bildungssystem sind groß. Die SPD setzt klare Prioritäten zugunsten der Bildungspolitik. Wir werden stärker in das Bildungssystem investieren.

Die absehbare demografische Entwicklung führt zu erheblichen Rückgängen bei der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (2005 - 2015 um 1,6 Mio. = 13,5 %). Dies entspricht rechnerisch Minderausgaben von rund 8 Mrd. Euro im Jahr 2015. Die Länder verpflichten sich, die frei werdenden Ressourcen effizient für Angebotserweiterungen und qualitative Verbesserungen im Bildungssystem zu nutzen. Die SPD wird darauf hinwirken, dass der Bund diese finanzielle Prioritätensetzung durch gezielte Maßnahmen in Bereichen mit gemeinsamer Verantwortung unterstützt.

- **Frühkindliche Bildung: Beitragsfreiheit ab 2013.**

Gute Bildung darf nicht an dem fehlenden Geld in der Familie scheitern. Die SPD steht grundsätzlich für den gebührenfreien Zugang zur Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Gerade die ersten Jahre in der Kindertagesstätte sind prägend für die spätere Lernfähigkeit von Kindern. Die SPD baut deshalb die sozialen Hürden für den Zugang zur frühen Bildung ab. Wir wollen die Eltern von den Kita-Gebühren entlasten. Parallel zum zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder wird die SPD dafür sorgen, dass der Besuch einer Kita für alle Kinder von eins bis sechs schrittweise bis 2013 beitragsfrei gestellt wird. Dies erfordert bundesweit ca. 3 Mrd. Euro (Einjährige bis Schuleintritt). Der Bund wird sich an diesen Kosten substantiell beteiligen.

- **Länger gemeinsam Lernen.**

Das starr gegliederte Schulwesen, das die Kinder schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt, trägt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Unser Schulsystem muss deutlich durchlässiger werden. Die SPD will, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können und wird sich daher für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen die Hauptschule als Schultyp abschaffen und in neue Strukturen überführen.

- **Schulmittelbedarfs-Paket und Mittagessen.**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund zukünftig für

bedürftige Kinder im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Pakets die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt. Die Länder stellen sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler an einem Mittagessen teilnehmen können.

- **Flächendeckend Ganztagschulen einführen.**

Die SPD setzt sich für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen ein. Eine gute Ganztagschule braucht zusätzliches qualifiziertes Personal. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagschulen unterstützt, indem er beispielsweise ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt.

- **Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses.**

Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Schulabschluss soll das Recht erhalten, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.

- **Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung: Geld folgt Studierenden.**

Die SPD fordert, dass im Rahmen des Hochschulpakts II ein Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung vollzogen wird. Mit dem „Vorteilsausgleich“ (Geld folgt Studierenden) soll eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Ländern erfolgen. Außerdem setzt das damit etablierte Wettbewerbssystem Anreize, das Studienplatzangebot der Hochschulen sowohl quantitativ als auch qualitativ zu verbessern. Es wird ein positiver Wettbewerb der Länder um Studierwillige einsetzen.

- **Bundesweit einheitlicher Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur.**

Die SPD wird die Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und so die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Dafür wollen wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur durchsetzen. Wir wollen, dass ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss für ein Hochschulstudium qualifiziert. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.

- **Schüler-BAföG stark machen.**

Die SPD will, dass Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, das Abitur zu erreichen. Die Union hat unter der Kohlregierung das Schüler-BAföG empfindlich zurückgefahren, so dass heute nur wenige Jugendliche die Förderung erhalten können. Wir wollen das Schüler-BAföG mittelfristig wieder zu einem echten Instrument des sozialen Ausgleichs ausbauen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden. Mit einem Schüler-BAföG wollen wir die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessern und die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erhöhen.

Zusätzlich 3 Milliarden Euro und 21.000 neue Pflegekräfte

Nachdem Bund und Länder sich bei einem Treffen auf die Grundzüge der zukünftigen Krankenhausfinanzierung geeinigt haben, hat das Bundeskabinett am 24. September 2008 den diesbezüglichen Gesetzentwurf verabschiedet (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz – KHRG).

Dazu erklärte **Ulla Schmidt**, Bundesministerin für Gesundheit: „Das Gesetz ist gut für die Patientinnen und Patienten und für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern. Wir verbessern die finanzielle Lage der Kliniken, die ab 2009 insgesamt mehr als drei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung haben werden. Damit sichern wir eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten.“

Die Tariflohnsteigerungen der Jahre 2008 und 2009, die noch nicht durch höhere Zahlungen der Krankenkassen gedeckt sind, werden zur Hälfte von den Kassen übernommen. Mit einem Sonderprogramm werden in den nächsten drei Jahren 21.000 zusätzliche Pflegestellen geschaffen. Der bisherige Sparbeitrag der Krankenhäuser wird ab dem 1. Januar 2009 aufgehoben. Diese Maßnahmen sind – anders als manche Berufskritiker es gerne darstellen – keine einmalige Finanzspritze. Mit den zusätzlichen Mitteln wird der Sockel dauerhaft erhöht, auf dem die Fallpauschalen kalkuliert werden. Das gilt genauso für die Mittel, die in den nächsten drei Jahren für das Sonderprogramm für Pflegepersonal aufwachsen (von 220 über 440 auf 660 Mio. Euro im Jahr). Und für die Zukunft gehen wir weg von der bisherigen Anbindung der Finanzentwicklung an die sog. Grundlohnentwicklung. Im nächsten Jahr wird ein neuer 'Orientierungswert' entwickelt, der die krankenhausspezifische Kostenentwicklung besser abbildet. Der bisherige 'Deckel' ist damit weg.

Wer zudem, wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Maßnahmen des Gesetzentwurfs etwas voreilig als nicht ausreichend einstuft, macht es sich zu leicht. Er verkennt den für die Finanzierung der Mehrausgaben notwendigen Kraftakt für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Der Gesetzentwurf verbindet mit Augenmaß das wirtschaftlich Notwendige mit dem finanziell Machbaren. Die Krankenhäuser müssen dabei jedoch immer noch nachhaltige Bemühungen zur Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven unternehmen, da den Beitragszahlern nicht mehr zuzumuten ist.“

Neben finanziellen Verbesserungen enthält der Gesetzentwurf verschiedene strukturelle Maßnahmen sowie technische Regelungen, um das DRG-Vergütungssystem für den Regelbetrieb nach Abschluss der Einführungsphase auszurichten. Besonders hervorzuheben ist, dass damit grundsätzlich eine zukünftige Investitionsfinanzierung durch leistungsorientierte Investitionspauschalen verankert wird. Dazu wird ein gesetzlicher Entwicklungsauftrag bis Ende 2009 festgelegt, damit diese neue Investitionsfinanzierung für die Krankenhäuser ab 2012 eingeführt werden kann. Durch eine Kalkulation auf der Bundesebene sollen sich Länder dafür entscheiden können, die bisherige auf Einzelentscheidungen basierte Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch eine

moderne leistungsorientierte Investitionsfinanzierung auf der Grundlage von Investitionspauschalen zu ersetzen.“

Wesentliche Inhalte des Entwurfs zum Krankenhausfinanzierungsreformgesetz

Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser:

- Ab dem Jahr 2009 werden die für die Jahre 2008 und 2009 tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen zu 50 Prozent durch die Krankenkassen refinanziert, soweit diese Erhöhungen die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen überschreiten.

- Das Statistische Bundesamt wird bis Mitte 2010 einen Orientierungswert ermitteln, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst und voraussichtlich ab dem Jahr 2011 als Alternative zur bisherigen strikten Grundlohnbindung der Krankenhauspreise dienen kann.

- Einführung eines Förderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern, wodurch in drei Jahren bis zu 21.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 70 Prozent durch die Krankenkassen finanziert werden.

- Aufhebung des „Sparbeitrages“ (Rechnungsabschlag in Höhe von 0,5 Prozent) zum Jahresbeginn 2009.

Grundsätzlich soll die Investitionsfinanzierung ab 2012 auf Investitionspauschalen umgestellt werden, wenn sich die Länder hierzu entscheiden. Dazu wird ein gesetzlicher Auftrag zur Entwicklung einer Reform der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch leistungsorientierte Investitionspauschalen bis Ende 2009 erteilt. Die näheren Einzelheiten des Verfahrens hierzu legen Länder und Bund fest. Die Selbstverwaltungspartner auf der Bundesebene und deren DRG-Institut werden mit der Kalkulation von Investitionsbewertungsrelationen beauftragt, um Ländern statt der bisherigen antragsbasierten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser eine Entscheidung für eine moderne, unternehmerisch orientierte Investitionsfinanzierung auf der Grundlage leistungsorientierter Investitionspauschalen zu ermöglichen.

- Entwicklung und Einführung eines pauschalierten und tagesbezogenen Vergütungssystems für Leistungen der Psychiatrie und Psychosomatik.

Eine erstmalige Abrechnung nach diesem neuen Entgeltssystem ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Zudem wird die Finanzierung der Psychiatrie verbessert, um die Personalbesetzung in der Psychiatrie zu optimieren.

Die unterschiedlichen Landesbasisfallwerte werden in einem Zeitraum von 5 Jahren, beginnend im Jahr 2010, schrittweise in Richtung auf einen einheitlichen Basisfallwertkorridor angenähert. Von dieser Konvergenz wird eine Bandbreite (Korridor) in Höhe von + 2,5 Prozent bis 1,5 Prozent um einen rechnerisch ermittelten einheitlichen Basisfallwert ausgenommen.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 38 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Jürgen Roters Oberbürgermeisterkandidat für Köln

Biografie

Geboren am 15. Januar 1949 in Coesfeld (Münsterland), verheiratet, drei Kinder.



Beruflicher Werdegang

1968 Abitur in Coesfeld. 1968 bis 1974 Studium der Rechtswissenschaften. 1978 2. juristische Staatsprüfung.

1978 bis 1980 Dezernent bei der Bezirksregierung Münster 1981 bis 1982 Referent im Kultusministerium NRW. 1982 bis 1988 Dozent und Abteilungsleiter an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW. Von 1988 bis 1994 persönlicher Referent und Leiter des Büros des Innenministers Herbert Schnoor. 1994 bis 1999 Polizeipräsident in Köln. 1999 bis 2005 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln.

Politischer Werdegang

seit 1967 Mitglied der SPD

seit 2006 Mitglied im Ortsverein Köln-Nord

Sport

Seit 1990 hat Jürgen Roters im In- und Ausland 25 Marathonläufe bestritten. Er ist Vorsitzender des Vereins für Marathon e.V. und Präsident des Leichtathletikteams der Deutschen Sporthochschule Köln. Zudem ist er Vorsitzender des Verwaltungsrats des ASV Köln und Vizepräsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

10 persönliche Fragen an Jürgen Roters

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Teddy Kollek, ehemaliger Bürgermeister von Jerusalem, und Franz Müntefering

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Barak Obama

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Toskana, Nordfriesische Inseln

4. Ihre Leidenschaften?

Täglicher Dauerlauf, etwa 50 Minuten, Wandern in freier Natur und mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten diskutieren

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Jeder Mensch ist wertvoll und hat einen Anspruch auf Respekt und - wenn er sich z.B. sozial und

politisch engagiert - auf besondere Anerkennung

6. Ihr Lieblingsfilm?

Traditionelle Western

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingslieder?

Vierte Sinfonie von Gustav Mahler, Maria Callas und Bruce Springsteen

8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Meine Frau und meine Joggingschuhe

9. Ihre Lieblingsbücher?

Biographien bekannter Musiker und Komponisten

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Hape Kerkeling

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008 / 2009

Verbleibende Sitzungswochen 2008 sind die 42., 46., 48., 49. und 51. Kalenderwoche. Für 2009 wurden bislang die 4., 5., 7., 10., 12., 13., 17., 19., 20., 22., 25. und 27. Kalenderwoche festgelegt. Voraussichtlich am 27. September 2009 ist Bundestagswahl.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatte für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:

koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller

Bildnachweis: Deutscher Bundestag (Seiten 4, 18), SPD-Parteivorstand (Seiten 13, 18).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

